

ETWAS BESSERES ALS OLYMPIA

ARGUMENTE FÜR EIN NEIN ZU OLYMPIA

Der Senat hat die Olympia-Bewerbung Hamburgs von einem positiven Ausgang dieses Referendums, also der Abstimmung der Hamburger Bevölkerung am 29. November 2015, abhängig gemacht, und auch das Internationale Olympische Komitee (IOC) legt großen Wert darauf. Daher: Nutzen Sie Ihre Einflussmöglichkeit – stimmen Sie mit NEIN und damit für etwas Besseres als Olympia!

N~~O~~LYMPIA
ARGUMENTE FÜR EIN NEIN

ARGUMENTE FÜR EIN NEIN ZU OLYMPIA

Wenn man dem Senat, dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) und der Wirtschaft glauben möchte, dann sind die olympischen Spiele ein „großes Gemeinschaftserlebnis“, ein „Treffpunkt der Jugend der Welt“, ein „einzigartiges Weltereignis des Sportes“, bei dem „Hamburg nur gewinnen kann“. Deswegen sollen alle „Feuer und Flamme“ für „Hamburg 2024“ sein. Warum wird man aber als „Spielverderber“ oder „Sportmuffel“ beschimpft, wenn man das Olympia-Spektakel kritisiert?

Was bleibt, wenn man hinter die Fassade blickt? Was bedeutet Olympia tatsächlich für den Austragungsort, jenseits von Marketing-Kampagnen und Tamtam? Was, wenn die große Mehrheit der Bevölkerung von den Spielen nichts als Schaden hätte? Was, wenn die Spiele nur Milliardengewinne für das IOC, die SponsorInnen und die Großkonzerne bedeuten und dafür bodenlose Kosten für die öffentliche Hand? Was, wenn die Olympiade erneut explodierende Mieten, Dauerbaustellen, mafiose Doping-Netze, Militarisierung, wochenlang völlig verstopfte Straßen und öffentliche Verkehrsmittel, mehrere Wochen Komplettüberwachung und faktische Belagerung Hamburgs durch uniformierte Kräfte bedeutet? Dann wären die amtlichen Olympia-BefürworterInnen „Spielverderber“, „Muffel“ gegen eine soziale, demokratische, friedliche und ökologische Entwicklung der Stadt!

Wir wollen mit dieser Stellungnahme dazu beitragen, dass Sie eine bewusste Entscheidung über die Bewerbung Hamburgs für die olympischen Spiele 2024 treffen können – eine Entscheidung nicht auf der Basis von Stimmungsmache, Versprechungen und Hochglanzbildern, sondern auf der Grundlage von Fakten zu vergangenen Olympiaden und zur Hamburger Bewerbung.

Der Senat behauptet zwar, alles anders zu machen und die Probleme bisheriger Olympiaden „nachhaltig“ vermeiden zu wollen. Das ist allerdings nicht glaubwürdig. Bislang wurden sämtliche Gewinne immer von privaten Unternehmen eingefahren, während die Kosten der Allgemeinheit aufgebürdet wurden. Da dies nach wie vor das Grundprin-

zip der olympischen Spiele ist, zogen in der Vergangenheit viele Städte ihre Bewerbungen nach öffentlichen Protesten zurück – zuletzt die US-amerikanische Stadt Boston im Juli 2015.

„Ich kann es nicht verantworten, die Steuerzahler diesem Risiko auszusetzen.“

(Marty Walsh, Bürgermeister von Boston, im Juli 2015 zum Rückzug der Olympia-Bewerbung)

Wir werden auf den folgenden Seiten Kritik und vernünftige Alternativen zu Olympia in Hamburg darlegen: direkte Investitionen für den dringend benötigten sozialen Wohnungsbau, für den sozial-ökologischen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, für die Sanierung und Neugründung von Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen und für eine nachhaltige Förderung des inklusiven Breiten- und Schulsports.

Das ist etwas Besseres als Olympia!

1. SOZIALE ENTWICKLUNG DER STADT STATT OLYMPISCHE KOMMERZSPIELE!

Korruption, Kommerz und Intransparenz: Das IOC

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) ist Eigentümer einer der wertvollsten Marken der Welt: Olympia. Dabei tarnt sich das IOC als gemeinnütziger Verein nach Schweizer Recht. In Wahrheit ist es jedoch ein Weltkonzern, der wie der Weltfußballverband FIFA unter Sepp Blatter für Kommerz, Korruption und Intransparenz steht. Mit Werbeeinnahmen, dem Verkauf von Fernsehübertragungsrechten sowie durch exklusive Sponsorenverträge mit multinationalen Konzernen wie Coca-Cola, McDonald's, Procter & Gamble und Visa organisiert das IOC Milliardengewinne. Dafür sind Schmier- und Bestechungsgelder zwischen Marketingfirmen, Konzernspitzen und dem IOC so üblich wie das Doping.

Mit den ausrichtenden Städten schließt das IOC geradezu sittenwidrige Knebelverträge, die „Host City Contracts“. Darin müssen (!) sich die Städte verpflichten, eine „gesamtschuldnerische Haftung“ in unbegrenzter Höhe für sämtliche Anforderungen zur Durchführung der Olympiade zu übernehmen – was der Hamburger Rechnungshof in einem internen Bericht, der Mitte August bekannt wurde, grundlegend als „nicht quantifizierbares Risiko“ kritisiert. Sämtliche Zoll- und Steueraufgaben werden für das IOC, seine GeschäftspartnerInnen sowie alle olympischen Beschäftigten aufgehoben. Die IOC-Mitglieder genießen juristische Immunität, können also bei Straftaten genauso wenig verfolgt werden wie ParlamentarierInnen oder DiplomatInnen.

Unter dem Druck einer kritischen Weltöffentlichkeit hat das IOC zwar Strukturreformen angekündigt – darauf kann man aber lange warten, da nur unkonkrete Absichtserklärungen gemacht wurden und zwar von denselben FunktionärInnen, die auch bisher gut am Geschäft mit Olympia verdient haben.

Unter dem Druck einer kritischen Weltöffentlichkeit hat das IOC zwar Strukturreformen angekündigt – darauf kann man aber lange warten, da nur unkonkrete Absichtserklärungen gemacht wurden und zwar von denselben FunktionärInnen, die auch bisher gut am Geschäft mit Olympia verdient haben.

*„Das IOC übernimmt keinerlei finanzielle Haftung hinsichtlich Ausrichtung und Durchführung der Olympischen Spiele.“
(Kapitel 5, Regel 37.1 der Olympischen Charta)*



© Matthew Chartle/Alamy

Die ausrichtenden Städte müssen den hohen Herren wortwörtlich den roten Teppich ausrollen: Das IOC lässt sich eigene Fahrspuren („olympic lanes“) garantieren, durch Vertrag werden sogar lächelndes Hotelpersonal und gut ausgestattete Mini-Bars in den Zimmern garantiert. 2014 legte das IOC einen 7.000 Seiten langen Katalog mit derartigen Sonderbedingungen und exklusiven Forderungen für die Bewerbung Oslos zu den olympischen Winterspielen 2022 vor – zur sofortigen Unterschrift. Die Bevölkerung lehnte das ab, und die konservative norwegische Regierung nahm die Bewerbung zurück – ein gutes Vorbild!

Vorfahrt für das IOC: Olympic Lane in London 2012

Olympia soll von den Sorgen des Alltags ablenken und braucht dazu ein konsumfreundliches Klima mit einer Scheinwelt voll Sonnenschein und Harmonie. Soziale Probleme wie teure Mieten, Arbeitslosigkeit, Angst um den Job etc. sollen diese Idylle nicht stören: Spiele ohne Brot eben. Oder: Je härter das Brot, um so überdrehter die Spiele.

Olympia heißt Kostenexplosion

Bei den Spielen der jüngeren Vergangenheit überstiegen die tatsächlichen Kosten die zuvor geplanten teilweise in zweistelliger Milliardenhöhe. London musste für die Sommerspiele 2012 zwölf Milliarden Euro ausgegeben – 2005 war man noch von „lediglich“ 2,6 Milliarden Euro ausgegangen. Wie eine Studie der Universität Oxford ergab, lag in den letzten 50 Jahren die durchschnittliche Steigerung zwischen veranschlagten und tatsächlichen Kosten bei 179 Prozent, 1976 in Montreal betrug die Differenz sogar 1400 Prozent. Elbphilharmonie als Prinzip?

In Hamburg würde alleine die Herrichtung des Kleinen Grasbrooks als Austragungsort tausende Millionen Euro kosten, weil der vergiftete Boden geräumt werden muss und Hochwasserschutz und Verkehrsanbindung fehlen. Beispiele wie die Elbphilharmonie zeigen, dass die Kostenexplosion in Hamburg nicht anders als bei bisherigen Olympiaden aussehen würde! Und wer zahlt's?

Wer von einer Olympiabewerbung finanzielle Vorteile für die Allgemeinheit erwartet, wird sich enttäuschen lassen müssen: Die Gewinne laufen an den öffentlichen Kassen und gesetzlichen Bestimmungen vorbei in die Kassen von IOC, SponsorInnen und den beteiligten Großunternehmen. Impulse für die regionale Wirtschaft sind nicht zu erwarten.

Ermöglicht und finanziert werden die olympischen Milliardengeschäfte der Wenigen jedoch durch die öffentliche Hand und deren Infrastruktur.

„Eine Olympiade ist für eine Stadt oder ein Land eines der finanziell riskantesten Projekte überhaupt.“

(Pressemitteilung zur Olympia-Studie der Universität Oxford, 2012)

Statt Milliarden für ein Megaevent zu verschleudern, braucht Hamburg nachhaltige Investitionen: in den sozialen Wohnungsbau, in den Bildungsbereich und für die Förderung des inklusiven Breitensports.

2. HAMBURG FÜR ALLE STATT AUSVERKAUF DER STADT

1983 gab Hamburgs damaliger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi mit seiner programmatischen Rede vom „Unternehmen Hamburg“ die Richtung vor, der alle Senate bis heute folgten: Die ganze Stadt solle auf finanzstarke und arbeitsmarkttaugliche Menschen ausgerichtet, für Unternehmen ein „investitionsfreundliches Klima“ erzeugt werden. Das Ergebnis dieser Politik sind explodierende Mieten, Millionengräber wie die Elbphilharmonie und ein immer tiefer werdender Spalt zwischen Arm und Reich: In Hamburg stehen heute 42.000 MillionärInnen und elf MilliardärInnen mehr als 400.000 Menschen

unterhalb der Armutsgrenze gegenüber. Mit Olympia würde diese Entwicklung weiter verschärft werden. In Londons Osten stiegen die Mieten im Vorfeld von Olympia 2012 um 30 Prozent, in Barcelona zwischen 1986 und der Olympiade 1992 sogar um 145 Prozent. Die Innenstadt nur noch für Reiche?

In Hamburg gab es im Jahr 1994 ca. 190.000 Sozialwohnungen, heute sind es nur noch knapp 90.000 – weil der Senat die Sozialbindungen auslaufen lässt, obwohl die Hälfte der Hamburger Haushalte (ca. 350.000) ein gesetzliches Recht auf geförderten Wohnraum hat. Und weil InvestorInnen mit Häusern und Wohnungen auf riesige Gewinne spekulieren dürfen – obwohl Wohnen ein Menschenrecht ist. Statt der vom Senat geplanten Erweiterung der horrend teuren und grauen HafenCity auf dem Kleinen Grasbrook, brauchen wir einen massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und der Sozialbindungen. Wir brauchen bezahlbares Wohnen für Alle statt den Ausverkauf der Stadt an IOC und Großkonzerne.

Im Verkehrsbereich würde Olympia nicht etwa dazu führen, dass die U4 nach Wilhelmsburg ausgebaut wird – das IOC erlaubt nämlich keine U-Bahn-Stationen auf dem Olympia-Gelände. Für Olympia hätte bspw. Priorität, dass Menschenmassen zügig vom Reitstadion in Klein-Flottbek zum Olympia-Stadion auf den Kleinen Grasbrook kommen – statt endlich Stadtteile wie Steilshoop oder den Osdorfer Born besser an den öffentlichen Verkehr anzubinden. Zudem liegt die Entscheidungsgewalt für alle mit Olympia zusammenhängenden Bauten beim Deutschen Olympischen Sportbund. Und was scheren diesen erlauchten Kreis hochbezahlter SportfunktionärInnen die Probleme der Bevölkerung in sozial abgehängten Stadtteilen?

Wir fordern daher eine sozial gerechte Stadtentwicklung, die von Allen demokratisch gestaltet wird, statt sie wenigen SportfunktionärInnen zu überlassen. Wir treten ein für eine Stadt, in der die Menschen und ihre Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen und nicht der Gewinn von großen Konzernen.

3. BREITENSport UND INKLUSION STATT HOCHLEISTUNGSSport UND DOPING

In der „Olympischen Charta“ hat das IOC sein Motto festgehalten. Es lautet nicht etwa „Dabeisein ist alles“, sondern „Schneller, höher, stärker“. Oder anders: Nur Höchstleistungen und das Siebertreppchen zählen.

Bei Olympia ist der Sport nur Mittel, der Zweck sind die Geschäfte. Ein Verkaufsschlager wird *jener* Markenschuh, in dem gerade ein Weltrekord gelaufen wurde, oder *das* Trikot, in welchem das entscheidende Tor verwandelt wurde. Die höchsten Erträge bringen Werbespots rund um die Medailenschlachten der modernen GladiatorInnen.

Um diese ganz profanen Gewinne zu steigern, ist nichts heilig. Doping gehört zum Alltag im sogenannten Spitzensport. Jüngst enthüllten die ARD und die britische „Sunday Times“ anhand von ihnen zugänglichen Blutwerten, dass etwa ein Drittel der im Ausdauer-

erbereich gewonnenen Leichtathletik-Medaillen der vergangenen Jahre unter Zuhilfenahme verbotener Substanzen errungen wurde. Aberkannt wurden die Titel bislang nicht. Deutlich wird daran, dass FunktionärInnen, die sich ahnungslos geben oder den Anti-Doping-Kampf nur im Munde führen, in Wahrheit das Doping tolerieren, wenn nicht sogar befürworten oder unter der Hand verlangen. Wie sonst sollen schwindelerregende Rekorde, die gut vermarktet den Absatz anheizen, noch und noch gesteigert werden – mit unabsehbaren gesundheitlichen (Spät-)Folgen für die SportlerInnen?

Den SportlerInnen ist daraus kein Vorwurf zu machen. Sie sind Leidtragende eines zynischen Systems, das Menschen einzig nach verwertbarem Leistungsvermögen und -willen aussortiert. Da bilden auch die Paralympischen Spiele keine Ausnahme. Sie haben mit Inklusion nicht das Geringste zu tun. Das Prinzip, Menschen in „Leistungsstarke“ und „Leistungsschwache“ einzuteilen und dadurch ungleich zu machen, ist im Sport ebenso falsch wie überall im Leben.

Stattdessen sollte es um den Spaß an der Bewegung, spielerisches Miteinander und gegenseitige sportliche Herausforderung gehen – für Alle, mit allen. Sinnvoll ist daher die Förderung von inklusivem Freizeit- und Breitensport. Dafür müssen Sporthallen restauriert und die Sportvereine bei der Instandhaltung der Plätze unterstützt werden. Jedes Kind in Hamburg muss schwimmen lernen können, der Eintritt zu den Bädern muss bezahlbar sein. Dafür bedarf es öffentlicher Anlagen mit Flächen für vielfältige Sportarten und Trimm-dich-Pfade.

Das ist etwas Besseres als teure Arenen, in denen SportlerInnen – u.a. durch Doping – körperlich und psychisch kaputt gemacht werden für die Geschäfte anderer.

4. NACHHALTIGKEIT STATT NACHHALTIGE PROBLEME!

Bereits in der Vergangenheit missachteten die Senate umweltrelevante Vorgaben bei Bauvorhaben oder kamen ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Kompensation kaum nach. Der Eingriff in das Mühlenberger Loch, die Genehmigung des Kohlekraftwerks Moorburg, die beabsichtigte Elbvertiefung und die Internationale Gartenschau (IGS) sind nur einige markante Beispiele für umweltfeindliche Senatspolitik.

Zu beachten sind auch Erfahrungen an anderen Austragungsorten von olympischen Spielen: London 2012 wird zwar als Meilenstein für nachhaltige Spiele verkauft, in Wirklichkeit wurde aber mehr als die Hälfte der ursprünglich geplanten 76 Nachhaltigkeitsmaßnahmen nicht oder nicht ausreichend umgesetzt.

Damit Sportstätten auf dem Kleinen Grasbrook überhaupt entstehen können, müssten die dortigen Hafenernehmer umziehen, wie auch der Senat einräumt. Es ist aber nicht erkennbar, wie und wohin eine Umsiedlung erfolgen kann. Flächen im Hafen sind bereits jetzt knapp, zudem stehen auch ohne Olympia gravierende Eingriffe zulasten der Natur an (Altenwerder-West, Westerweiterung Eurogate).

Der Senat behauptet, Olympia klimaneutral durchführen zu können, um dem Großereignis ein grünes Mäntelchen umzuhängen. Für olympische Spiele müssten aber allein

zigtausende Menschen Langstreckenflüge zurücklegen. Dabei wird sehr viel klimaschädliches CO₂ ausgestoßen. So viele Bäume in Entwicklungsländern kann Hamburg niemals zum Ausgleich pflanzen. Außerdem ginge das stark erhöhte Flugaufkommen mit noch mehr Lärm für die AnwohnerInnen einher.

Die Luft würde allein dadurch erheblich belastet, dass viele Sportstätten auf- oder umgebaut werden, nur um nach drei Wochen wieder zurückgebaut zu werden. Das IOC setzt mit den „olympic lanes“ auf Autos statt auf klimafreundliche Alternativen und erschwert damit die nachhaltige Entwicklung Hamburgs zur Fahrradstadt sowie die Verkehrsverlagerung auf die Schiene erheblich. Hinzu kommt der immens hohe Energieverbrauch während der Spiele. In London produzierten die olympischen Spiele insgesamt 3,4 Millionen Tonnen CO₂ – trotz eines als nachhaltig angepriesenen Konzepts.

5. EIN FEST DES FRIEDENS, BEWAFFNET BIS AN DIE ZÄHNE?

Der rot-grüne Senat verspricht Spiele, „die den Geist von Frieden und Verständigung atmen“. Das klingt gut, aber stimmt das auch?

Das IOC fordert von Bewerberstädten die Bereitschaft, Militär im Inneren einzusetzen und die Bevölkerung verschärft zu überwachen. Die Städte müssen genau angeben, in welchem Umfang „Streitkräfte in Sicherheitsoperationen für die olympischen Spiele eingesetzt werden können“ (IOC: „2020 Candidature Acceptance Procedure“, S. 88). Im Extrem wurde dies bei den Spielen in London 2012 deutlich: Dort patrouillierten 49.000 teils schwerbewaffnete Uniformierte in der Stadt, darunter 17.000 SoldatInnen. Ein Hubschrauberträger auf der Themse diente als Kommandozentrale. Auf Wohnhäusern und in Parks wurden Flugabwehrraketen aufgebaut. Und um die Sportstätten wurde ein 17 Kilometer langer Elektrozaun gezogen.

Hierzulande müssten für vergleichbare Maßnahmen die Grundrechte gebrochen werden. Besonders das grundgesetzliche Verbot des Einsatzes der Bundeswehr im Inland soll aufgeweicht werden. Entgegen der olympischen Friedensidee – in der Antike mussten während der „heiligen Spiele“ alle Kriegshandlungen ruhen –, trägt das IOC sogar zur Militarisierung und zum Ausbau von Polizei und Überwachung bei.

Mit den geforderten „Sicherheitszonen“ würde Hamburg faktisch zu einem riesigen Gefahrengebiet erklärt werden. Nach dem durchgesickerten Sicherheitskonzept der Hamburger Polizei sind „lückenlose Videoüberwachung“, „zahlreiche Zäune und Absperrungen“ und die Modernisierung von „Spezialeinheiten“ geplant, wie die WELT berichtete. Der rot-grüne Senat kündigte bereits an, dass viele der genannten Maßnahmen dauerhaft bleiben sollen.



Luftabwehrraketensystem bei Olympia (London 2012)

Die „Sicherheits“-Pläne richten sich gegen das Versammlungs- und Demonstrationsrecht, gegen die freie Entfaltung der Persönlichkeit, gegen die Bewegungsfreiheit und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Diese Rechte sind wertvolle Schlussfolgerungen aus der Nazi-Diktatur und sind für eine lebendige Demokratie mündiger BürgerInnen elementar – sie dürfen nicht einem Event wie „Olympia“ geopfert werden!

Das Engagement für Frieden und internationale Verständigung ist etwas Besseres als Olympia: Dringend nötig sind dauerhafte Initiativen für die gleichberechtigte Teilhabe von allen Menschen an Bildung, Kultur, Gesundheit, Arbeit und Wohnen. Insbesondere Geflüchtete und MigrantInnen dürfen nicht länger von dieser Teilhabe ausgeschlossen werden. Nur so wird tatsächlich Weltoffenheit, Solidarität und eine friedliche Entwicklung gestärkt und gelebt. NEIN zu Olympia – Für Frieden und internationale Verständigung!

WAS TUN?

Jedes NEIN zum Mega-Kommerzevent Olympia ist ein Schlag gegen eine Politik, die dem großen Geld dient und nicht den Menschen. Um diesen Umstand zu verschleiern, haben die Olympia-Fans aus Senat, Handelskammer und privater Wirtschaft eine millionenschwere Werbe- und Imagekampagne aufgelegt. Das ändert aber nichts an der Tatsache: Hamburg kann durch Olympia nur verlieren!

Vielmehr ist die klare Zurückweisung von Olympia die Voraussetzung für eine soziale, weltoffene, friedliche und kulturvolle Stadtentwicklung für alle Menschen. Nicht ohne Grund haben die Bevölkerungen in Boston, München/Garmisch-Partenkirchen, Wien, Kraków, Oslo und Graubünden Olympia bereits eine Absage erteilt!

Machen Sie sich schlau und gehen sie der Stimmungsmache für Olympia, die auch von Ihren Steuergeldern bezahlt wird, nicht auf den Leim!

STIMMEN SIE MIT **NEIN** UND DAMIT FÜR ETWAS BESSERES ALS OLYMPIA!

Weitere Argumente, aktuelle Stellungnahmen und Neuigkeiten sowie weiterführende Informationen finden Sie unter:

www.NEINzuOlympia.de

www.facebook.com/NEINzuOlympia



*Diese Stellungnahme wurde von Aktiven aus dem Netzwerk „NOlympia Hamburg – Etwas Besseres als Olympia“ erstellt, die auch engagiert sind in: AStA Universität Hamburg, AStA Technische Universität Harburg, AStA HafenCity Universität, DIDE, GEW, SPD, LINKE, GRÜNE JUGEND, ver.di
E-Mail: kontakt@NEINzuOlympia.de*

AM 29.11.15 MIT NEIN STIMMEN!